

Antrag 95/II/2022

Abt. 10/04 (Alt-Marzahn)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Nato-Beitritt von Georgien und Moldawien

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für ei-
2 nen kurzfristigen Nato-Beitritt von Georgien und Molda-
3 wien einzusetzen. Nach dem Angriffskrieg Russlands auf
4 die Ukraine werden Georgien und Moldawien die nächs-
5 ten Ziele Russlands sein. Die Sicherung der beiden Länder
6 und der beiden europäischen/westlichen Einflussphäre
7 ist nur möglich, wenn die Nato die von Russland bedroh-
8 ten Staaten aufnimmt.

9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung (Konsens)

**Stellungnahme des FA I zum Antrag 95/II/2022 Nato-
Beitritt von Georgien und Moldawien**

Durch die russische Invasion in der Ukraine hat sich die Si-
cherheitslage für Staaten in geographischer Nähe zu Russ-
land verschlechtert. Verständlicherweise verstärkt diese
schlechtere Sicherheitslage den Wunsch von Staaten wie
der Republik Moldau und Georgien der NATO beizutreten
und somit ihre Sicherheit durch die Allianz zu gewähr-
leisten. Die Russländische Föderation verletzt derzeit in
beiden Staaten die international anerkannte Souveränität
durch die Stationierung von Truppen. In beiden Staaten in-
terwenierte die Russländische Föderation nach oder wäh-
rend des Zerfalls der Sowjetunion militärisch.

Allerdings empfehlen wir keine unmittelbare Aufnahme
beider Staaten in das NATO-Bündnis. Stattdessen sollte
sich die Bundesregierung in Zusammenspiel mit den eu-
ropäischen und NATO-Verbündeten für die Wiederherstel-
lung der staatlichen Souveränität beider Staaten einset-
zen. Das kann beispielsweise durch die Ankündigung wei-
terer Sanktionen im Falle russischer militärischer Provoka-
tionen und die finanzielle Unterstützung Georgiens und
der Republik Moldau sowie eine Steigerung der Abschre-
ckung ggü. Russland durch die Lieferung von Flugabwehr-
systemen erfolgen.

Die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität kann
ein wichtiger Schritt auf dem langfristigen Weg mit dem
Ziel einer NATO-Mitgliedschaft beider Staaten sein, so-
fern diese Staaten das als Ergebnis eines demokrati-
schen Prozesses wünschen. Daher sollte sich die Bundes-
regierung kurz- und mittelfristig auf die Wiederherstel-
lung der staatlichen Souveränität und die die Gewährung
umfassender Sicherheitszusagen und langfristig für ei-
nen NATO-Beitritt beider Staaten, sofern von diesen ge-
wünscht, einsetzen.